

## Beschluss

des Landesparteitages am 26.04.2008 in Bremen

### Antrag 04

**Antragsteller:** Dr. Oliver Möllenstädt, Margret Großer, Maren Noller, Björn Aschemann, Felix Sa'd

**Angenommen:** einstimmig **ja:** \_\_\_\_\_

**Abgelehnt:** \_\_\_\_\_ **Nein:** \_\_\_\_\_

**Verwiesen an:** \_\_\_\_\_ **Enthaltung:** \_\_\_\_\_

---

### **Krankenhausrecht entbürokratisieren – Krankenhausqualität und Patientenrechte stärken!**

Die FDP Bremen tritt dafür ein, dass diejenigen bremischen Gesetze und Rechtsverordnungen, die primär den Krankenhaussektor im Land Bremen betreffen, zu einem neuen Krankenhausgesetz zusammengefasst werden. Für die FDP Bremen stehen hierbei folgende Aspekte im Mittelpunkt:

- Im Zuge der Erarbeitung des neuen Bremischen Krankenhausgesetzes soll insbesondere die Chance zu einem umfassenden Bürokratieabbau im Krankenhauswesen genutzt werden.
- die Krankenhausinvestitionsförderung durch das Land Bremen soll auf den Weg einer Baupauschale erfolgen. Diese stärkt die Finanzierungsfähigkeit von Investitionen im Krankenhaussektor. Weiterhin fordert die FDP den Senat der Freien Hansestadt Bremen auf, Pläne der Bundesregierung mit dem Ziel einer mittelfristigen Umstellung der Krankenhausfinanzierung auf eine monistische Finanzierung, d.h. einer Finanzierung ausschließlich durch die Krankenkassen, zu unterstützen.
- Das neue Krankenhausgesetz bietet die Chance zur Steigerung der Qualität der Krankenhäuser vor Ort Spielräume für Innovation und Wettbewerb erweitert werden. Die Einführung verbindlicher Regelungen für die Einsetzung von Hygienebeauftragten im Krankenhausgesetz wird von der FDP unterstützt. Weiterhin tritt die FDP dafür ein, die Transparenz über die Qualität von Krankenhausleistungen auch für medizinische Laien zu verbessern.
- Die FDP Bremen tritt weiterhin dafür ein, dass die Rechte der Patienten im Rahmen eines neuen Krankenhausgesetzes gestärkt werden. Die Wahrnehmung von Patienteninteressen muss aus Sicht der FDP vorrangig vor Ort, d.h. in den Krankenhäusern, wahrgenommen werden. Die FDP befürwortet die Einführung eines Systems von Patientenführsprechern im Krankenhaus, die die Belange der Patienten gegenüber Leitung vertreten. Auch dem Gedanken einer Gesundheitskonferenz auf Landesebene zur Stärkung von Bürgerorientierung und Selbstbestimmung steht die FDP grundsätzlich positiv gegenüber.

In dieser Gesundheitskonferenz sollen neben den Kosten und Leistungsanbietern auch Organisationen aus dem Gesundheitsbereich und Versicherte vertreten sein.